

Bürokratie bleibt Deutschlands Bürde

Experten mahnen Abbau unsinniger Vorschriften an – Neues Gesetz markiert noch nicht den Durchbruch

KLAUS STRATMANN
HANDELSBLATT, 7.9.2005
BERLIN. Deutschland kommt beim Bürokratieabbau nach Einschätzung von Fachleuten nicht von der Stelle. Sie appellieren an die Politik, das Problem nach den Wahlen anzugehen. Bisherige Bemühungen hätten kaum die erhofften Ergebnisse zeitigt.

Der Bürokratieabbau ist allen Parteien eine Herzensangelegenheit. In ihren Wahlprogrammen kündigen sie an, sich weiter darum zu bemühen, unsinnige Vorschriften abzuschaffen. Auch an Vorschlägen diverser Arbeitsgruppen mangelt es nicht. In den vergangenen Legislaturperioden beschäftigten sich auf Bundesebene mehrere hochkarätig besetzte Kommissionen mit dem Thema. Zuletzt rief die rot-grüne Bundesregierung 1999 die „Initiative Bürokratieabbau“ ins Leben.

Was ist davon in der Praxis angekommen? Ein Blick in das „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“, kurz Bürokratieabbaugesetz, fördert Erhellendes zu Tage: In Artikel 7 trägt es mit einer Änderung des Personenbeförderungsgesetzes der weiten Verbreitung des Handys Rechnung. Künftig dürfen nämlich Mietwagen während der Fahrt nicht nur „durch Funk“, sondern schlicht „fernmündlich“ einen neuen Beförderungsauftrag entgegennehmen.

Das Bürokratieabbaugesetz geht noch einen Schritt weiter: In Arti-

kel 10c regelt die in diesem Juni von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Norm, dass die Wein-Überwachungsverordnung von überflüssigem Ballast befreit wird: Labore, die Weine prüfen, müssen die Prüfergebnisse künftig nicht mehr in einem gebundenen Buch dokumentieren, vielmehr können sie ihre Analysen künftig „auch auf der Grundlage automatisierter Datenverarbeitung“ dokumentieren. Mit anderen Worten: Die Festplatte reicht als Speicher.

Statistiker wehren sich gegen Pauschalvorwürfe

Die Beispiele zeigen, dass Bürokratieabbau ein mühseliges Geschäft ist. Das Bürokratieabbaugesetz jedenfalls markiert noch nicht den großen Durchbruch. Lutz Haegert formuliert es etwas kritischer: „Das kann es nicht sein“, sagt der Hochschullehrer der Berliner Humboldt-Universität. Haegert ist Steuerrechtler und sucht gemeinsam mit der Werner-Bonhoff-Stiftung nach Wegen zum Bürokratieabbau (siehe „Wider den Paragrafendschungel“). Wo für ihn Bürokratie beginnt, erklärt er so: „Immer dann, wenn man den Sinn eines Gesetzes überhaupt nicht mehr erkennen kann, ist die Frage erlaubt, ob es sich um eine bürokratische Regelung handelt.“

Eine ganze Menge bürokratischer Regeln wittern viele Unternehmen im Bereich von Statistik-

und Buchhaltungspflichten. „Das ist teilweise bedrückend. Kleine Firmen wissen kaum, wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen sollen, in großen Unternehmen beschäftigen sich ganze Abteilungen mit dem Thema“, sagt Haegert.

Derzeit sieht es nach Auffassung der „Stiftung Marktwirtschaft“, die sich ebenfalls intensiv mit dem Thema befasst, so aus, dass Europäische Union, Bund und Länder sich auf dem „Schlachtfeld des Papierkrieges“ verbündet haben, um im großen Umfang statistische Daten zu erheben. Die Stiftung appelliert an den Gesetzgeber, Mehrfachbefragungen von Unternehmen einzuschränken, und „sämtliche Einzelstatistiken einer kritischen Überprüfung“ zu unterziehen.

Statistiker sehen das freilich anders: „Den pauschalen Vorwurf, wir würden zu viele Daten erheben, kann ich so nicht stehen lassen. In

Deutschland ist im Vergleich zu den Niederlanden oder Frankreich das Verständnis für die Erforderlichkeit vernünftiger Informationen schwach ausgeprägt. Die Politik braucht vernünftige Sachinformationen als Basis ihrer Entscheidungen. Außerdem machen wir permanent Angebote, auf welche Statistiken man verzichten könnte“, sagt Walter Radermacher. Nach Einschätzung des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes hat sich „der breite Fluss der Entlastung schon deutlich von der Quelle weg bewegt“. Radermacher räumt ein: „Sicher kann man aber noch Vieles optimieren.“

Der Vize-Chef setzt vor allem auf die Technik: „Große Erfolge lassen sich über das Internet erzielen. Nehmen Sie den innereuropäischen Außenhandel: Es gibt bereits 31 000 Firmen, die ihre Außenhandelsdaten via Internet an uns weiterleiten. Wir

registrieren allein in diesem Bereich rund 400 000 Zugriffe pro Monat. Da fällt eine Menge an aufwändigem Papierkram weg.“

Dass der Dschungel der Vorschriften stetig wächst statt schrumpft, belegt der durchschnittliche jährliche Seitenumfang des Bundesgesetzblattes. In den 60er-Jahren betrug er 1 442 Seiten, in den Jahren 2000 bis 2003 waren es durchschnittlich jeweils 3 194 Seiten.

Überbordende Bürokratie ist nach Auffassung der „Stiftung Marktwirtschaft“, einer der größten Standortnachteile Deutschlands. Die Stiftung beziffert die jährlichen Kosten für die „Erledigung staatlicher Pflichten“ allein für den Mittelstand auf 38 Mrd. Euro und hält den „alltäglichen Bürokratismus“ für eine zentrale Ursache der anhaltenden Wachstumsschwäche. Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung hält sie für nicht ausreichend.



Foto: Bert Bostmann/Bildfoto

Positives Beispiel Weinlabor: Künftig müssen Prüfergebnisse in einem gebundenen Buch dokumentiert werden, die Festplatte